

Beschlussvorlage

STADT KARLSRUHE
Der Oberbürgermeister

24. Sitzung des Gemeinderates am 23.05.2006**TOP 5**Vorlage Nr. 689 Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich: Dez. 2

Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallentsorgungssatzung)

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit	12.05.2006	4 a	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Hauptausschuss	16.05.2006	5	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Gemeinderat	23.05.2006	5	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss - den als Anlage 1 beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen“.

Finanzielle Auswirkungen: nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein ja durchgeführt am Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein ja abgestimmt mit

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

Stadt Karlsruhe – Hauptamt: Stellungnahme des BMA – Beschlussvorlage
Fassung: JAN 2006; Intranet RHIN: Formulare/Gemeinderat

Mit dieser Vorlage wird dem Gemeinderat der als Anlage 1 angeschlossene Entwurf einer Satzung der Stadt Karlsruhe über die Änderung der derzeit gültigen Abfallentsorgungssatzung unterbreitet.

Die Änderungen werden aus folgenden Gründen erforderlich:

1. Verankerung der Biotonne

Nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 13. Dezember 2005 müssen alle Grundstückseigentümer ihre Bioabfälle künftig entweder selbst kompostieren oder der städtischen Biosammlung überlassen. Die bisher tolerierte Eingabe der Bioabfälle in die Restmülltonne ist damit nicht mehr möglich. § 3 der Satzung ist entsprechend anzupassen (Streichung des bisherigen Absatzes 2), ebenso § 7 Absatz 1 (Streichung des Wortes „antragsgemäß“).

2. Regelung der Annahmestandorte für Elektro- und Elektronikgeräte

Nach dem am 16. März 2005 in Kraft getretenen Elektro- und Elektronikgerätegesetz sind ab 24. März 2006 bestimmte Anforderungen an die Sammelstellen zu erfüllen. Die entsprechende Infrastruktur besteht nur bei den Standorten Maybachstraße und Nordbeckenstraße. Anlieferungen sind daher nur dort möglich (Großgeräte nur Nordbeckenstraße). § 7 Absatz 6 Ziffer 6 ist entsprechend anzupassen.

3. Klarstellung bzgl. der Bezeichnung „Umladestation Nordbeckenstraße“

Die Bezeichnung „Umladestation, Nordbeckenstraße“ in § 2 Abs. 3 Ziffer 1 bedarf der Klarstellung, da in der Nordbeckenstraße durch die Änderungen im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus Thermoselect de facto nur noch eine Wertstoffstation mit Schadstoffannahmestelle betrieben wird und die eigentliche Umladung inzwischen im Deponiebereich erfolgt. Diese Klarstellung erfolgt durch Änderung von § 2 Abs. 3 Ziffer 1 sowie in Folge von § 7 Abs. 6 Ziffer 7 und § 14 Abs. 2 Ziffer 1.

4. Änderung bzgl. der Erhebung des Zuschlags für gepresste Abfälle

Da in der Praxis nur Behälter mit 770 bzw. 1.100 Liter Volumen verpresst werden, wird klargestellt, dass der entsprechende Zuschlag nur auf die Gebühr für diese Behältergrößen erhoben wird. Außerdem werden die Voraussetzungen für die Erteilung bzw. Versagung einer Genehmigung in der Satzung ausformuliert, weil Zweifel daran bestehen könnten, ob die derzeitige Regelung - die hierzu nichts Näheres aussagt - den Bestimmtheitsanforderungen gerecht wird. Gleichzeitig wird der § 12 Absatz 1 aus redaktionellen Gründen neu gefasst.

5. Redaktionelle Änderungen

Haushaltsbatterien aus Haushaltungen können auch zur mobilen Schadstoffsammlung gebracht werden (§ 8 Absatz 3).

Die Abfalldefinitionen in § 17 sind teilweise anzupassen, und zwar in Bezug auf das Handling bei Baustellenabfällen und aufgrund der Vorgaben des o.g. Elektro- und Elektronikgerätegesetzes.

Beschluss:**Antrag an den Gemeinderat**

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss - den als Anlage 1 beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen“.

Hauptamt - Sitzungsdienste -
12. Mai 2006